

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

160 (12.7.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Unzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Jahrganges, bei gewöhnlicher Verbreitung und bei Konsum außer Kraft tritt o. Erläuterungen und Geschäftsstellen 10 Karlsruher L. D. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, D., Waldstraße 28 o. Jernutt 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jaghausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 160 Karlsruhe, Samstag, den 12. Juli 1930 50. Jahrgang

Der Reichstag zum Grubenunglück

Erschütternde Bilder vom Bergbaubereich

Berlin, 11. Juli. (Eig. Draht.) Als der Reichstag am Freitag in die Beratung der Anträge zur Änderung der Notlage eintrat, die durch das Grubenunglück bei Neuroder hervorgerufen worden ist, war fast das ganze Reichsministerium mit dem Reichstag an der Spitze anwesend.

Der Reichsarbeitsminister beschränkte sich auf kurze Erklärungen. Er vermahnte darauf, daß die Aufsicht über die Gruben Landesangelegenheit sei. Die Reichsregierung werde aber keinen Widerspruch erheben, wenn der Reichstag Unterstützungsummen bewillige. Auch werde die Reichsregierung stets daran mitarbeiten, um für die Zukunft solche Grubenkatastrophen zu verhindern.

Der Chef des preussischen Grubenberufsdienstes teilt mit, daß bis Freitag mittags 83 Leichen geborgen sind und 80 Verletzte sich noch unter Tag befinden, die als verloren gelten müssen.

Die 40 Kranken im Lazarett seien außer Lebensgefahr. Das Neuroder Unglück sei bisher in der gesamten internationalen Bergbaugeschichte ein einziges. Da man noch nicht an die Ausbruchsstelle habe herantreten können, sei auch kein Urteil möglich, ob etwa alle Maßnahmen ausreichend gewesen seien. Erst wenn die Ausbruchsstelle bekannt sei, könne man ermitteln, worauf das Unglück zurückzuführen werden muß.

Der sozialdemokratische Abg. Wendemuth erinnerte daran, daß bei jedem Grubenunglück berechnete Tote des Mittelbaus im Reichstag getötet würden. Die Bergarbeiter hätten aber den Eindruck, daß entsprechende Taten noch fehlten. Man müsse allerdings mit dem Urteil zurückhalten, bis Aufklärung geschaffen sei. Falls aber bei der Untersuchung des Unglücks Fahrlässigkeit oder gar Profitstreben mitgespielt haben, müsse härteste Strafe und strenge Vergeltung gefordert werden. Wendemuth gab in der letzten Redezeit, die bewilligt war, ein

erschütterndes Bild der Notlage im schlesischen Bergbaubereich. Die Menschen lebten dort in einer Art, die durchaus kulturwidrig sei. Die Wohnstätten könnten kaum als menschliche Wohnungen angesehen werden.

Der Zentrumsgesandte Perlitius stimmte der Schilderung

des sozialdemokratischen Abgeordneten zu und beantragte, die vorliegenden Anträge dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Der kommunistische Redner Florin, der offensichtlich von den Bergbauverhältnissen keine Ahnung hat, beantragte sich damit, unter fürchterlichem Stimmenauflauf eine Annahme von Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie vorzutragen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer sind nach seiner unmaßgeblichen Meinung an dem Kohlenfahrgenaubruch in Neuroder schuld. Die Sozialdemokratie will gar nicht, daß die Schuld aufgedeckt wird. Die Sozialdemokratie will, daß die Bergarbeiter zugrunde gehen. So ginge es eine Viertelstunde lang weiter. Die Sozialdemokratie nahm diesen Ausbruch von wildem Haß und gemeiner Gefinnung mit verachtungsvollem Schweigen hin.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Sulzmann stellte schließlich fest, daß durch die Schimpfereien der Kommunisten keine Unfälle verhindert würden. Bisher hätten die Kommunisten weder außerhalb des Parlaments noch im Reichstag auch nur eine einzige Verordnung zugunsten der Bergarbeiter aufgestellt. Sulzmann konnte mitteilen, daß er selbst gemeinsam mit dem Betriebsrat vor einhalb Jahren die Unfallkatastrophe erlebt habe. Damals sei auch der Betriebsrat der Meinung gewesen, die Einrichtungen seien so, daß große Unglücksfälle nicht zu befürchten seien. Nun sei doch die gewaltige Katastrophe da. Man müsse alles tun, um die Sicherheit im Bergbau zu erhöhen, aber noch wichtiger sei der

Ausbau unserer Sozialversicherung, damit bedürftige Bergleute und die Hinterbliebenen der Verunfallten wirtschaftlich abgesichert seien.

Die zu der Neuroder Katastrophe vorliegenden Anträge wurden schließlich dem Haushaltsausschuß überwiehen.

Keileidkundgebung Badens zum Bergwerksunglück

Der Staatspräsident hat dem preussischen Ministerpräsidenten telegraphisch die Anteilnahme des badischen Landes und Volkes zu dem großen Bergwerksunglück im Neuroder Revier zum Ausdruck gebracht.

Verfassungswidrige Schulgebete

Der Staatsgerichtshof entscheidet gegen Frick

Wie lange geduldet man noch zuzuhauen?

Leipzig, 11. Juli. (Eig. Draht.) Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat im Verfassungsverfahren um die bürgerlichen Schulgebete dahin entschieden, daß die im Amtsbereich des thüringischen Ministeriums für Volksbildung vom 22. April 1930 veröffentlichte Empfehlung von Schulgebeten, soweit sie sich auf die Gebote 2, 3 und 4 beziehen, mit Artikel 148 Abs. 2 der Reichsverfassung nicht vereinbar seien.

Herr Frick hat damit eine neue schwere Ohrfeige erhalten. Er muß nunmehr seine Empfehlung der beanstandeten Schulgebete zurückziehen. Die Empfehlung dieser Gebete war ein bewußter Vorstoß gegen die Verfassung, der Versuch, die Schulgebete für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen. In diesen drei beanstandeten Gebeten war die Parteiloyalität der Nationalsozialisten: „Deutschland erwache!“ partiiert. In dem einen hieß es: „Herr nach uns frei von Verrat und Verrät“, in dem anderen: „Ich glaube, du straffst unsern Landes Verrät“, und in dem dritten: „Ich weiß, daß Gottlosigkeit und Vaterlandsverrat unser Volk vernichten“. Herr Frick hat seinen Zweifel darüber gelassen, gegen wen sich diese Gebete richten sollten. Er hat offen zugegeben, daß sie gegen Juden und Sozialdemokraten und gegen die Außenpolitik des Reiches gerichtet sein sollten. Sein Geständnis hielt allerdings nur solange vor, bis das Reich den Staatsgerichtshof anrief — dann begann Herr Frick zu flennen. Die Hehe, die zur Zeit des Hugenbergischen Volksbegehrens getrieben wurde, sollte in den Reihen der Schulgebete verewigt werden. Unter der Maske des Schulgebetes sollten die Schulkinder mit nationalsozialistischer Partei-propaganda versehen werden. Aber der nationalsozialistische Partei-propaganda sagt, sagt zugleich maßlose Hehe und Verleumdung. Der Ruf nach der Strafe Gottes in diesen Gebetsentwürfen war die sinngemäße Ergänzung der Reichstagsreden, die Herr Frick und manche seiner Parteifreunde gehalten haben mit dem Reiz, daß die Verantwortlichen für die Außenpolitik des Reiches ein von den Nationalsozialisten ausgehängt werden würden.

Wenn Herr Frick etwas unternehmen, so wird irgend ein Recht oder gar die Verfassung verletzt. Er ist ein Minister, der sich dadurch auszeichnet, daß seine Handlungen souverän dem Rechtsboden verlassen. Er hat eine Form des Beamtenstolzes versucht, die ihm die erste Niederlage vor dem Staatsgerichtshof zuzog. Dann kam die Affäre mit den Schulgebeten und die notwendige Niederlage dazu. Die Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren wird einschließlich dem Staatsgerichtshof verhandelt werden, der Ausgang ist nicht zweifelhaft. Herr Frick

hat eine Filmmensur auf eigene Faust versucht, die Oberprüfstelle hat ihn desavouiert. Eifrig bemüht sich Herr Frick aus dem Republikstuhlgeläch der Majestäts-Beleidigungsgesetze zu seinen Gunsten zu machen, mit dessen Hilfe er wahrheitsgemäße Feststellungen über seine Vergangenheit verhindern möchte. Doch auch hier will man nicht so wie er will. Das Verbot der sozialdemokratischen „Einenacht-Volkzeitung“ ist vom Staatsgerichtshof aufgehoben worden, und Herr Frick hat noch eine beschämende Rechtsbelehrung dazu erhalten. Staatsanwälte und Richter in Preußen und Thüringen haben ihm beigebracht, daß mit seiner Minister-schaft noch nicht das dritte Reich angebrochen ist, und daß die Verfassung und die Gesetze trotz Frick immer noch in Kraft sind.

Die innere Verwaltung Thüringens unter Herrn Frick besteht nur noch aus fernweilen Vorstößen gegen das Reich und gegen die Verfassung. Von einer wirklich geordneten Führung der Verwaltungsgeschäfte, die das Land Thüringen wie kaum ein anderes notwendig hätte, ist unter dem Regime Frick keine Rede. Herr Frick will keine geordnete Verwaltung. Er will Unordnung und Konflikte. Das ist sein System nach dem bekannten Wort des Herrn Straßer: „Alles, was dem System schadet, wird von uns unterstügt“. Herr Frick will das Gefühl der Rechtsunsicherheit hervorrufen, er will dem Beamtenkörper zeigen, daß man auf die Verfassung pfeifen kann, daß man Verfassungsbruch gegenüber einer unentschlossenen Reichsregierung als Auslegungsfreiheit aufziehen kann.

Die Serie von Niederlagen, die er davongetragen hat, stört allerdings erheblich seine Absichten. Was bleibt von all seinen Anordnungen schließlich noch übrig? Nur das eine: Er hat zwei Nationalsozialisten noch kurz vor dem Spruch des Staatsgerichtshofs zu Polizeidirektoren ernannt und diese Herren haben dank seiner Methode wenigstens die wohl-erworbenen Rechte des neuen Amtes. Wenn aber das Schlimmste zum Schlimmen kommt, wenn die Finanz- und Polizeizuschüsse Herr Frick vor dem Staatsgerichtshof auch eine effektive Niederlage davonträgt, wenn die Finanz- und Polizeidirektoren des Landes Thüringen dank seiner segensreichen Tätigkeit überwältigt werden, und die Methode des Lebens am Ministerstisch sich nicht mehr durchhalten läßt, dann hat Herr Frick seine wohlverworbenen Rechte und seinen Pensionsanspruch. Denn die erste politische Handlung, die Herr Frick vorgenommen hat, hat er in sehr vorsichtiger Weise in aller Form rechtens unternommen, in der Absicht, dabei ja keinen Vorstoß gegen die Gesetze vorzunehmen, denn diese erste Handlung, diese einzig wirklich positive Handlung des Herrn Frick in Thüringen betraf — seine eigene künftige Pensionierung. Wie lange geduldet jedoch das Reich diesem Treiben noch zuzuhauen?

Politische Bühne

4 Karlsruhe, 12. Juli.

Wenn heute in Europa die Demokratie noch nicht zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, ja sie gar gezwungen ist, einen täglichen Kampf gegen absolutistische Tendenzen einer uns entfernt dünkenden Vergangenheit zu führen, so liegt dies vor allem darin, daß die Demokratie es bis jetzt nicht verstanden hat, einen neuen Lebensstil politischen Führertums zu entwickeln, wie er zur Leitung gewaltig emporgewachsener Staaten unentbehrlich ist. Zweifellos kann sich die Demokratie mit vielen ihrer Leistungen sehen lassen und sie darf vertrauensvoll der Hoffnung leben, daß ihr die Zukunft der Menschheit gehört. Mit leichtem Stolz kann sie gegenüber ihren Gegnern sogar darauf hinweisen, daß dieser Tage selbst Mussolini seine Leistungen nicht anders zu formulieren wußte, als daß er erklärte, es gehe Italien wirtschaftlich nicht schlechter als den anderen Ländern, womit der „Duce“ stillschweigend anerkennen muß, daß er trotz seiner maßlosen Unterdrückungspolitik und gefährlichen Auspeitschung aller nationalistischen Leidenschaften nicht mehr erreicht, als die freiheitlich regierten Staaten ohne Antastung der menschlichen Persönlichkeit. Was jedoch trotz allem was ist, dem Mussolinischen Italien und dem sowjetischen Rußland die Aufmerksamkeit der Welt sichert, das ist die Tatsache, daß es in diesen Ländern gelungen ist, eine große politische Linie herzustellen, welche die Beachtung des Auslandes erheischt und im eigenen Volk jenes geistige Fluidum glaubensfreudiger Begeisterung herzustellen, das die Voraussetzung optimistischer Lebensbetrachtung ist, ohne die kein Mensch und kein Staatswesen existieren kann.

Was der demokratischen Welt allgemein und Deutschland insbesondere heute fehlt, das ist jene große politische Linie und jene klar erkennbare Zielrichtung, die vom Führertum ausstrahlend, sich auf die Volksmassen überträgt, um jene Kraft zu schaffen, die Staat und Volk über materielle Gegenwartsnöte hinweg in den Stand setzt, opferbereit für die Zukunft zu arbeiten. Hier liegt die Krisis des Parlamentarismus versteckt und hier liegt auch das Problem, von dem aus die formale Erringung der Demokratie überwunden werden muß. Es hieße, die Wirklichkeit verleugnen, wenn man nicht aussprechen würde, daß in diesem Komplex die tiefste Ursache sowohl der politisch-ökonomischen wie der geistig-seelischen Not Deutschlands liegt, und es hieße an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn man nicht annehmen würde, daß die Zukunft nicht auch für diese Probleme Lösungen finden würde. Da jedoch nur da geerntet werden kann, wo gesät wird, ist es die Aufgabe der deutschen Demokratie, nicht über die Mühen des Tages das große Ziel aus dem Auge zu verlieren, nämlich das deutsche Volk für die großen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Aufgaben reif zu machen, die mehr als einer anderen Zeit, gerade uns gestellt sind. Wir leben in einer Zeit des Uebergangs. Möchte in früheren Zeiten Verwaltungsroutine das Maximum dessen sein, welches von der Staatsleitung gefordert wurde, so muß sie heute regieren können. In Deutschland wird jedoch all die Zeit her verwaltet und nicht regiert. Die Verhältnisse und auch die Menschen fordern jedoch, daß regiert wird, um über die schwierige Zeit hinwegzukommen. Danach wird das Volk sein Urteil sprechen und mit den Mitteln der Demokratie dafür kämpfen, daß es von solchen Persönlichkeiten geführt wird, die gemäß den Forderungen der heutigen Zeit das Wohl des Volkes zum obersten Gesetz machen. Es wird, wenn sich einmal anstelle der heutigen Unübersichtlichkeit der Dinge klare politische Linien herausstellen, jenen eine Abfrage erteilen, denen Aufrechterhaltung überlebter Privilegien und Vorurteile wichtiger sind, als kühnes Beschreiten neuer Wege. Und es wird jenem Führertum huldigen, das neben der Befestigung der Gegenwartschwierigkeiten bemüht ist, die heutige Entwicklung einfließen zu lassen in das Meer der großen sozialen Umwälzungen, die unserer Zeit auf den Kägeln brennen: eine Gedankenwelt, die leider den politischen und wirtschaftlichen Köpfen der Staatsmannschaft von heute so fern liegt, daß kaum eine Wendung dieser Art aus den zahlreichen Neben der Gegenwart herausklingt, so nahe liegend die Umwälzungen der Technik und der Weltwirtschaft den zwangsläufigen Weg zum Sozialismus auch unserer Zeit gebracht haben sollten.

Es bedurfte nicht erst des Briand'schen Europa-Memorandums, um in sozialdemokratischen Kreisen die Diskussion über „Europa“ zu entfachen. Das Heidelberger Parteiprogramm hat unsere Stellung hierzu bereits längst in positivem Sinne festgelegt. Wir begrüßen es daher, daß durch die bis zum 15. Juli in Paris einzuliefernden Antworten der europäischen Rabinette diese Frage in ein akutes Stadium gelangt, womit allerdings leider nicht gelagt ist, daß sie damit auch in das Stadium einer der Vollenbung nahenden Aktivität kommt. Allzuviel Zeit ist in der Paneuropatrage unnötig verdröbelt worden. Allzuviel Angehörig und Bösartigkeit haben die europäischen Staatsmänner nach dem Kriege einporwachsen lassen, als daß jetzt schnell wieder gutgemacht werden kann, was demagogisches Spiel verschüttet. Die Sünden der Clemenceau-Politik, die Frankreich dazu veranlaßte, sich in seinen Hegemoniebestrebungen aufzunehmen, statt zugleich mit den Friedensverträgen auf Schaffung eines ewigen Friedens, wie es dem Geiste Wilsons mit der großen Idee des Völkerverbundesgedankens vorgeschwebt, bedacht zu sein, rächen sich an Frank-

reich ebenso sehr, wie es bei Deutschland Schwierigkeiten verursacht, daß sich manche Dinge zu sehr verhärtet haben, als daß sie jetzt spielend beseitigt werden können, so sehr es auch eine gebieterische Notwendigkeit für beide Staaten ist, über alle Fehler der Vergangenheit hinweg eine bessere Zukunft aufzurichten. Wie immer man sich jedoch zu einer Stabilisierung Europas, die eine Voraussetzung von Panuropa ist, stellt, Tatsache ist, daß seit Condover-Kalergi das Schlagwort Panuropa hinausgehoben hat, eine Umgruppierung Europas erfolgt ist, mit der jeder Realpolitiker rechnen muß. Die Abkehr Englands vom Kontinent und die zeitlich zwar auf die gewährte Frist nicht ausrechenbare Erhebung Italiens zum Gegen des Empire in Europa mit einer gewissen Frontstellung gegen Frankreich hat eine Umstellung der außenpolitischen Kräfte auf dem Kontinent gebracht, an der niemand achtlos vorübergehen kann.

Gerade wer den Frieden Europas ersehnt, wer Verständigung mit Frankreich wünscht, und in der Schaffung von „Europa“ einen Weg zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schwierigkeiten des Kontinents sieht, muß die tatsächliche Kraftelagerung im heutigen Europa in Rechnung stellen, damit nicht die wirklichen Ereignisse fromme Ideologien überrennen und das eintritt, was es zu verhindern gilt: Neues Auftauchen der Kriegesfurcht, mag diesmal auch derjenige, der die Brandfackel in die Welt schleudern läßt, Mussolini heißen. Wir freuen uns daher, daß zusehends in Frankreich sich die Stimmen mehrten, den Schachzug Mussolinis auf deutsche Revisionen richtig zu parieren. Mit der Schläue, die früher gern von rechtsstehender Seite als „welsch“ verschrien wurde, wirft der „Duce“ den deutschen Nationalisten das Wort von „Revisionen“ hin (unter dem dann alles Mögliche verstanden werden soll, nur nicht etwa die Italiens Interesse beruhende Revisionen in Südtirol), worauf dann die deutschen Nationalisten prompt auf den Leim trafen. Wir verzeichnen daher gerne, daß angesichts dieser durch Mussolinis Manöver unklar gemordenen Situation — endlich, endlich! — von französischer Seite sich die Stimmen mehrten, die auf jene offene Aussprache drängen, wie wir sie unterm 17. Mai sowohl als Voraussetzung der Entspannung der zweifellos ernsten europäischen Lage, wie der Diskussion über Europa forderten. In diesem Sinne empfehlen wir den aus dem Westen kommenden Stimmen, von Prof. Albert Dauzat in der Volonté, von Sauerwein im Matin und vom Mibi, die allesamt darauf hinausgehen, den Wünschen Deutschlands in finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und auch machtpolitischer Hinsicht weitgehend entgegenzukommen, stärkste Beachtung zu schenken. Denn Wägung von beiden Seiten, von Frankreich und von Deutschland, ist notwendig, wenn die stark getriebene Atmosphäre nicht nur bereinigt werden, sondern tragbar sein soll für ein Gebäude, das jahrtausendelangen Streit beendigen muß. Es wäre verhängnisvoll für Deutschland, und noch viel mehr für unsere engere Heimat Baden als Grenzland, dessen ganze Zukunft, insbesondere die allernächste, wirtschaftlich-industrieller Art von der Beseitigung jeglicher Kriegsmöglichkeit an den Rheinfürten abhängt, wenn die Vordungen rüstständiger Nationalisten bei der Mehrheit des deutschen Volkes Gehör finden würden. Und es wäre genau so verhängnisvoll für Frankreich, wenn es seinen ewig Unverbesserlichen folgen würde, die einzig in den Bajonetten die Sicherheit des Staates erblicken, statt auf das Spiel der ewig wechselnden internationalen Lagerungen zu schauen. Wir wünschen die Verständigung mit Frankreich sowohl aus politischen wie ökonomischen Gründen als Voraussetzung einer europäischen Föderation, die im Frieden mit der ganzen Welt lebend, im kulturellen Fortschritt und in der sozialen Wohlfahrt seiner Bürger das höchste Ziel der Politik erblickt. Das Briand'sche Memorandum ist ein Stück Frage an das Schicksal aller Völker und an die Staatsmannschaft aller Länder des heutigen Europa, die alle Ursache hätten sich damit zu befassen, wie die Probleme zu lösen sind, die sich aus den riesigen Fortschritten der Technik und aus der industriellen Selbständigmachung ehemaliger Abnehmerländer für die Wirtschaft und damit für die Existenzgrundlage der europäischen Völker ergeben, statt ihren nationalistischen Sehern zu lauschen. Möge nicht die Geschichte sagen, daß ein großer Moment ein kleines Geschlecht fand.

Bedeutungsvoller Wahlsieg der Labour Party

Eine Niederlage der konservativen Schutzöllner
Die von ganz England mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte Wahlkampf in Norfolk hat mit dem Siege der Arbeiterpartei geendet. Frau Buxton zieht mit 179 Stimmen Mehrheit in das Unterhaus ein. Das durch die Entlassung von Noel Buxton ins Oberhaus freigewordene Mandat ist der Labour Party mit 14 821 Stimmen erhalten geblieben. Bei den vorjährigen Wahlen war das Ergebnis: Konservative 12 801 Stimmen, Liberale 3403 Stimmen, Arbeiterpartei 14 544 Stimmen. Der Stimmenzuwachs der beiden Parteien erklärt sich aus dem diesmaligen Verzicht der Liberalen auf eine eigene Kandidatur. Es zeigt sich aber, daß die Liberalen zum größten Teil für den konservativen Kandidaten eingetreten sind, was den Sieg der Arbeiterpartei nur noch erhöht.

Die politischen Folgen des Wahlausgangs sind nicht zu unterschätzen. Freihandel oder Schutzöll? war die Parole, mit der die Parteien den Kampf geführt haben. Die Zeitungskönige Beaverbrook und Rothermere selbst weichen seit vielen Tagen auf dem Kampflager und zogen von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Mit einem Propaganda-Apparat sondergleichen schritten sie gegen die Freiheitshändler und für die Empire-Jollies, die den Sieg sichern. Es galt ihn nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen alle und nicht zuletzt gegen jene Konservative zu erringen, die bisher die Forderungen Beaverbrooks und Rothermeres abgelehnt hatten. So laut war das Geschrei der Presseherren, so sicher fühlten sie den Sieg in der Tasche, daß Baldwin kurz vor der Wahl umfiel und reumütig vor seinen Gegnern in der eigenen Partei zu Kreuze kroch. Acht neue Finanzleute hatten sich noch am Tage vor der Wahl dem bekannten Bankiermanifest angeschlossen. Die 14 ersten Unterzeichner bestätigten noch einmal ihre Unterschrift, alles zu dem Zwecke, die Liberalen einzufangen. Bei dem größten Teil dieser bürgerlichen Norfolk-Freihändler ist es gelungen. Dennoch hat die Arbeiterpartei die Wirkung ihres Erfolges in der Frage Freihandel oder Schutzöll dürfte nicht ausbleiben. Die Jöllner und die Konservativen haben eine große Niederlage erlitten.

Brand in einer ungarischen Glühlampenfabrik
Budapest, 11. Juli. In der künftigen Glühlampenfabrik in Ujpest ist ein Brand ausgebrochen, der größeren Umfang angenommen hat. Es sind acht Personen verletzt worden.

Sturmflut gegen Grob pensionäre

Die Sozialdemokratie läßt nicht locker

Abg. Sollmann droht mit Volksentscheid

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Freitag der sozialdemokratische Gesetzentwurf über Kürzung der hohen Pensionen

verhandelt. Noch einmal verhielten die bürgerlichen Parteien mit Geschäftsordnungsmaßnahmen sich der sachlichen Beratung zu enthalten. Schließlich mußte aber in die Aussprache eingetreten werden. Der sozialdemokratische Abg. Sollmann teilte u. a. mit, daß die Pensjonslast des Reiches im Jahre 1929 rund 605 Millionen Mark betragen habe. Jetzt sei die gesamte Pensjonslast 1920 Millionen Mark.

Der Unwille der Bevölkerung gegen die hohen Pensionen werde immer größer und schade der ganzen Beamtenchaft. Der Wirtschaftsparteiler Dremsch und der Demokrat Reinhold brachten Anträge ein, die von der Regierung eine Initiative verlangen, aber angesichts der Geschäftsfrage des Reichstages auf eine Vertagung in den Herbst oder noch später hinauslaufen.

Der Zentrumsabgeordnete Erling bestritt, daß das Zentrum für die großen Pensionen sei, es halte nur den sozialdemokratischen Antrag nicht für zweckmäßig. Erling bedauerte, daß Preußen und andere deutsche Länder dem Reichsgeleht über Abschaffung der Ministerpensionen nicht beizutreten seien. Das Zentrum beantragt schließlich, bei der Pensjonsfürsorge nicht das gesamte Privatvermögen, sondern nur das Arbeitsvermögen zu berücksichtigen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann sagte, die jetzigen Pensjonsverhältnisse würden als

unenträglich empfunden in einem Volke, dessen Arbeiterklasse zu Millionen erwerbslos sei, dessen Mittelstand proletariert werde, der ein großes akademisches Proletariat habe und dessen Bauernstand notleidet.

Bei derartig großen sozialen Verbunden dürfte man nicht an formalen Rechten festhalten. Tue der Reichstag nichts, so werde eines Tages ein Volksentscheid über alle Parteien hinweggehen und den Schaden den Beamten.

Man solle auch nicht von eingepartem Gehalt reden. Wenn ein nach kurzer Dienstzeit pensionierter Minister für zwanzig oder dreißig Jahre Pension zu 20 000 bis 30 000 M. bezieht, so habe das mit eingepartem Gehalt nichts zu tun.

Die Sozialdemokratie werde die Frage nicht mehr zur Ruhe kommen lassen.

Die bürgerlichen Parteien bemühten sich schließlich immer wieder vergeblich, den sozialdemokratischen Antrag und die übrigen Anträge als Material an die Regierung zu überweisen und so die ganze Sache einstweilen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Weiterberatung Samstag.

Mehr Gerechtigkeit in der Deckungsvorlage

Im Steuerauschuß des Reichstages ist auch am Freitag durch Gegenüber innerhalb der Regierungsparteien die Deckungsvorlage entscheidend geändert worden. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf

Ausdehnung der Reichshilfe auf Selbstbediente mit einem Einkommen über 8400 RM. wurde angenommen, da neben den Antragstellern auch die Sozialdemokraten und Kommunisten und der Zentrumspartei Dr. Höpfer dafür stimmten.

Ob dieser Beschluß allerdings später aufrecht erhalten bleibt, ist zweifelhaft. Eine weitere Veränderung der Regierungsvorlage erfolgte durch die

Ausdehnung der Reichshilfe auf die Bezüge der Aufsichtsräte. Da ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der alten Aufsichtsratssteuer in Höhe von 20 Prozent keine Mehrheit fand, verwarf die Sozialdemokratie dem Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Annahme.

Bei §§ 3 und 5, durch die Art und Höhe der Reichshilfe geregelt werden, beantragte die Sozialdemokratie eine grundsätzliche Veränderung der Regierungsvorlage. Die Regierungsvorlage will das

Die Aufwertungshypotheken vor dem Reichstag

Im Reichstag folgte in der Freitagssitzung nach der Beratung des Neuroder Berwertungsausschuß die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken, ferner über Vereinfachung der Grundbücher. Der Gesetzentwurf über die Aufwertungshypotheken bestimmt, daß vom 1. Januar 1932 ab der Aufwertungsbetrag der Hypotheken und die persönlichen Forderungen über 5 000 Mark hinaus bis zu einem Hundertsten zu verzinsen ist, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrats festsetzt. Es handelt sich also um eine Erhöhung der Zinsen für Aufwertungshypotheken. Ferner bestimmt das Gesetz, daß der Schuldner, wenn der Gläubiger die Schuld kündigt, binnen drei Monaten bei der Aufwertungskasse beantragen kann, um eine Zahlungsfrist für das Kapital zu bewilligen.

Der Rechtsausschuß schlägt vor, folgende Entschließung anzunehmen:

„Eine Erhöhung der gesetzlichen Zinsen bei einer auf Grund des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken erfolgten Erhöhung des Hypothekenzinsfußes soll nicht erfolgen. Die auf Grund des Gesetzes eintretende Erhöhung der gesetzlichen Zinsen soll durch eine Senkung der Hausinssteuer ausgeglichen werden.“

Abg. Marum (Soz.)

verwies in der Aussprache darauf, daß am 1. Januar 1932 6 Milliarden Aufwertungshypotheken fällig würden. Das würde eine Katastrophe für den Grundstücksmarkt bedeuten. Die Beifügung von langfristigen Kapital zur Umschuldung wäre völlig unmöglich, deshalb sei die Auflockerung der Tilgungsfristen bis 1935 notwendig. Den Gläubigern müsse als Entgelt für die Fristverlängerung der Hypotheken ein angemessener Zinsfuß gewährt werden. Bei Festsetzung eines höheren als des landesüblichen Zinsfußes würde jedoch auf dem Bauplatz auch mit hinaufgetrieben. Die Regierung müsse also bei der Festsetzung des neuen Zinsfußes recht vorsichtig sein. Marum verlangte ferner, daß der Zinsfuß der Industrieobligationen an dieses Geleht angelehnt werde, jedoch sei dieses Wunsch leider nicht zu erfüllen, weil eine Einheitsfront aller bürgerlichen Interessensvertreter dagegen stehe.

Der deutschnationalen Abg. Rademacher meinte, die „Angleichung der Industrieobligationen an die Beibaltung der Hypotheken unmöglich, weil die Industrie noch immer die hohe Pantentheoretische Lage.“

Die Gesetzentwürfe werden schließlich nach den Ausschusssitzungen angenommen. Dann verlagert sich das Haus auf Samstag 13 Uhr.

Deutscher Beamtenbund, Gau Baden und Reichshilfe

Das Landesamt Baden des Deutschen Beamtenbundes betonte in einer Entschließung: Die Berufsbeamtenschaft erkennt nicht, daß der neue Gesetzentwurf der Reichsregierung über eine Reichshilfe der Verlenen des öffentlichen Dienstes einige Verbesserungen und Veränderungen gegenüber dem Moldenbaurischen Entwurf aufweist. Trotzdem ist die Vertreterversammlung nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf in dieser Fassung seine Zustimmung zu geben, weil auch dieser Entwurf nach wie vor den Charakter einer ungleichen und unvollständigen Sonderbesteuerung einer bestimmten Volksschicht darstellt. Die Beamtenschaft ist bereit, im Gesamtrahmen der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit zur Behebung der Wirtschaftskrisen beizutragen. Die Beamten erwarten aber von der Reichsregierung, daß sie endlich die angelegte Kapitalhilfe — man spricht von rund 10 Milliarden — rüchtdinglos bestämmt. Sie ist ferner der Meinung, daß nicht nur auf eine wesentliche Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand, sondern auch auf eine wirksame Herabsetzung der Gehälter der Generaldirektoren und Direktoren, der Amtleitenden und Dividenden der Aufsichtsräte und Aktiengesellschaften sowie auf eine zeitgemäße Ermäßigung der Gehälter der Privatbankiers nachdrücklich hingearbeitet wird. Schließlich weist die Beamtenschaft die Reichsregierung auf die immer weiter um sich greifende Verheerung des Volkes gegen die Beamten hin, weil diese ungenutzte antwortliche Beamtenbezüge genießen, die Staatsautorität und das Ansehen des Berufsbeamtenstandes zu untergraben.

Das Weingesetz im Ausschuß angenommen

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde das Weingesetz nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommen.

Kemmer tritt vom Vorjhr der Jungdemokraten zurück
Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Kemmer ist von dem Vorjhr des Reichstages der Jungdemokraten zurückgetreten.

Schließung der französischen Parlamentssession

Paris, 11. Juli. In der Kammer und im Senat wurde heute das Dekret über die Schließung der Parlamentssession verlesen. Der Verlauf der Sitzung wurde eine Tagungssession des Abg. Simons angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Einkommen der Beamten ohne Rücksicht auf seine Höhe um 2,5 Prozent kürzen. Die Sozialdemokratie schlägt statt dessen einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer in Höhe von 40 Prozent vor. In der Begründung dieses Antrags wiesen die Abg. Kell und Dr. Berk (Soz.) darauf hin, daß diese Regelung der Reichshilfe den gleichen Ertrag verschaffe, seine Ausführung aber wesentlich gerechter verläufe.

Durch den sozialdemokratischen Antrag werden die unteren Gehaltsgruppen weniger und die höheren mehr belastet werden.

Der Antrag will also eine Staffelung der Abgabe statt des gleichmäßigen Satzes der Steuererhöhung. Wie ungerade die Steuererhöhung wirkt, zeigt folgendes Beispiel: Bei einem Gehalt von 200 M. Monatslohn bedeutet die Reichshilfe von 2,5 Prozent einen Zuschlag von 67 Prozent seiner bisherigen Lohnsteuer; bei einem Gehalt von 2000 M. Einkommen dagegen einen Zuschlag von 18 Prozent. Bei einem Verheirateten mit zwei Kindern macht die Belastung bei 200 M. Monatslohn 80 Prozent, bei 2000 M. 21 Prozent der bisherigen Lohnsteuer aus. Die Steuererhöhung verläßt also den Grundbesitzer der Anpassung der Steuerlasten an die Leistungsfähigkeit und treffe die unteren Einkommen wesentlich höher als die oberen.

Es war bezeichnend, daß sich der Vertreter des Reichsfinanzministeriums gegen diesen Antrag mit der Begründung wandte, daß die jetzt von der Regierung vorgeschlagene, gleichmäßige Abgabe eine Lohnsteuer darstelle und deshalb nicht in einen Zuschlag zur Lohnsteuer umgewandelt werden könne.

Daraufhin wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Verstärkte Gehälter

Wo bleibt die Zusammenstellung der Spigengehälter von Reichsbank und Reichsbahn

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Freytag, hat an den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, daß die Regierung die vom Reichstag gewünschte Zusammenstellung über die Bezüge der obersten Beamten der Reichsbank und der Reichsbahn noch nicht vorzulegen habe. In dem Schreiben wird darauf geachtet, daß die Freytag am 12. März und dem 28. Mai 1929 für umgebende Beamtensachen eine Entschließung des Reichstages schon als recht lang beschleunigt werden mußte. Inzwischen sei seit dem 28. Mai, zu welchem Termin die Regierung die Beamtensachen in Aussicht gestellt habe, wieder mehr als ein Monat verstrichen, ohne daß der Reichstag eine Antwort auf die in der Entschließung enthaltenen Fragen erhalten hätte.

Es wird deshalb verlangt, daß die Antwort auf die „Entschließung des Reichstages noch vor seiner Vertagung erfolge.“

Reichsverkehrsminister und Eisenbahntariferhöhungen

Die Zeichen der Zeit werden nirgends verstanden. Aus einem Schreiben des Reichsverkehrsministers v. Guérard an den Präsidenten des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn geht hervor, daß die letzte Reichsregierung auch einer Erhöhung der Perionentartarife im Berliner und Hamburger Stadterverkehr zugestimmt hat. Weiter wird in dem Schreiben besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, Eisenbahnen beim Personalherbeiführen und namentlich die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates und der leitenden Beamten stärker als bisher zu reduzieren. Eine Bestimmung der Eisenbahntariferhöhung ist einer Zeit in der alles nach Preissteigerung laicht und der Reichsbahn in den Kraftwagen immer stärkere Konkurrenz erwächst, wenn man das Schreiben allerdings nicht zu geben. Die Zeichen der Zeit erkennen man anstehend an diesen Stellen nirgends.

Die Aufwertungshypotheken vor dem Reichstag

Im Reichstag folgte in der Freitagssitzung nach der Beratung des Neuroder Berwertungsausschuß die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken, ferner über Vereinfachung der Grundbücher. Der Gesetzentwurf über die Aufwertungshypotheken bestimmt, daß vom 1. Januar 1932 ab der Aufwertungsbetrag der Hypotheken und die persönlichen Forderungen über 5 000 Mark hinaus bis zu einem Hundertsten zu verzinsen ist, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrats festsetzt. Es handelt sich also um eine Erhöhung der Zinsen für Aufwertungshypotheken. Ferner bestimmt das Gesetz, daß der Schuldner, wenn der Gläubiger die Schuld kündigt, binnen drei Monaten bei der Aufwertungskasse beantragen kann, um eine Zahlungsfrist für das Kapital zu bewilligen.

Der Rechtsausschuß schlägt vor, folgende Entschließung anzunehmen:

„Eine Erhöhung der gesetzlichen Zinsen bei einer auf Grund des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken erfolgten Erhöhung des Hypothekenzinsfußes soll nicht erfolgen. Die auf Grund des Gesetzes eintretende Erhöhung der gesetzlichen Zinsen soll durch eine Senkung der Hausinssteuer ausgeglichen werden.“

Abg. Marum (Soz.)

verwies in der Aussprache darauf, daß am 1. Januar 1932 6 Milliarden Aufwertungshypotheken fällig würden. Das würde eine Katastrophe für den Grundstücksmarkt bedeuten. Die Beifügung von langfristigen Kapital zur Umschuldung wäre völlig unmöglich, deshalb sei die Auflockerung der Tilgungsfristen bis 1935 notwendig. Den Gläubigern müsse als Entgelt für die Fristverlängerung der Hypotheken ein angemessener Zinsfuß gewährt werden. Bei Festsetzung eines höheren als des landesüblichen Zinsfußes würde jedoch auf dem Bauplatz auch mit hinaufgetrieben. Die Regierung müsse also bei der Festsetzung des neuen Zinsfußes recht vorsichtig sein. Marum verlangte ferner, daß der Zinsfuß der Industrieobligationen an dieses Geleht angelehnt werde, jedoch sei dieses Wunsch leider nicht zu erfüllen, weil eine Einheitsfront aller bürgerlichen Interessensvertreter dagegen stehe.

Der deutschnationalen Abg. Rademacher meinte, die „Angleichung der Industrieobligationen an die Beibaltung der Hypotheken unmöglich, weil die Industrie noch immer die hohe Pantentheoretische Lage.“

Die Gesetzentwürfe werden schließlich nach den Ausschusssitzungen angenommen. Dann verlagert sich das Haus auf Samstag 13 Uhr.

Deutscher Beamtenbund, Gau Baden und Reichshilfe

Das Landesamt Baden des Deutschen Beamtenbundes betonte in einer Entschließung: Die Berufsbeamtenschaft erkennt nicht, daß der neue Gesetzentwurf der Reichsregierung über eine Reichshilfe der Verlenen des öffentlichen Dienstes einige Verbesserungen und Veränderungen gegenüber dem Moldenbaurischen Entwurf aufweist. Trotzdem ist die Vertreterversammlung nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf in dieser Fassung seine Zustimmung zu geben, weil auch dieser Entwurf nach wie vor den Charakter einer ungleichen und unvollständigen Sonderbesteuerung einer bestimmten Volksschicht darstellt. Die Beamtenschaft ist bereit, im Gesamtrahmen der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit zur Behebung der Wirtschaftskrisen beizutragen. Die Beamten erwarten aber von der Reichsregierung, daß sie endlich die angelegte Kapitalhilfe — man spricht von rund 10 Milliarden — rüchtdinglos bestämmt. Sie ist ferner der Meinung, daß nicht nur auf eine wesentliche Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand, sondern auch auf eine wirksame Herabsetzung der Gehälter der Generaldirektoren und Direktoren, der Amtleitenden und Dividenden der Aufsichtsräte und Aktiengesellschaften sowie auf eine zeitgemäße Ermäßigung der Gehälter der Privatbankiers nachdrücklich hingearbeitet wird. Schließlich weist die Beamtenschaft die Reichsregierung auf die immer weiter um sich greifende Verheerung des Volkes gegen die Beamten hin, weil diese ungenutzte antwortliche Beamtenbezüge genießen, die Staatsautorität und das Ansehen des Berufsbeamtenstandes zu untergraben.

Das Weingesetz im Ausschuß angenommen

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde das Weingesetz nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommen.

Kemmer tritt vom Vorjhr der Jungdemokraten zurück
Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Kemmer ist von dem Vorjhr des Reichstages der Jungdemokraten zurückgetreten.

Schließung der französischen Parlamentssession

Paris, 11. Juli. In der Kammer und im Senat wurde heute das Dekret über die Schließung der Parlamentssession verlesen. Der Verlauf der Sitzung wurde eine Tagungssession des Abg. Simons angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Die Blutschuld von Lübeck

Warum mußten die Kinder sterben?

Zu dem Lübecker Säuglingssterben teilt das Reichsministerium des Innern u. a. mit:

Das Reichsgesundheitsamt ist vom Reichsminister des Innern mit der Klärung der Frage beauftragt worden, ob der Calmette-Schutzstoff die schweren Tuberculoseerkrankungen der Säuglinge herbeiführen konnte, anstatt sie dagegen zu schützen.

Das endgültige Ergebnis kann nicht vor drei oder vier Wochen erwartet werden. Soweit sich aus den bisherigen Untersuchungen des damit betrauten Professors Dr. Ludwig Lange schon jetzt ein Urteil gewinnen läßt, ist die Calmette-Kultur von dem Institut Pasteur in Paris einwandfrei geliefert, aber bei der Weiterzucht in Lübeck verunreinigt worden.

Nachdem die vom Institut Pasteur bezogenen Originalkulturen noch 3/4 Jahre lang im Lübecker Laboratorium auf verschiedenen Methoden weiter gezüchtet worden waren, hätten sie vor der ersten Verabreichung des Schutzstoffes an die Säuglinge auf ihre Unschädlichkeit im Tierversuch geprüft werden müssen. Das ist nicht geschehen.

Die gesundheitliche Überwachung der Schutzbehandelten Kinder war mangelhaft.

Die von Prof. Deude am 26. April 1930, also nach der Feststellung der Schädlichkeit der verwendeten Schutzstoffe, vorgenommene Vernichtung der verbleibenden noch vorhandenen Giftstoffmengen muß, ganz gleich, aus welchen Motiven sie erfolgte, als bedenklich bezeichnet werden. Allerdings ist durch das Vorgehen von Prof. Dr. Deude die Auffassung der Angelegenheit nicht beeinträchtigt worden, da das Reichsgesundheitsamt trotzdem in den Besitz von völlig genügenden Mengen des verwendeten Schutzstoffes gelangt ist. Auch sonst hat das Reichsgesundheitsamt alles mögliche Untersuchungsmaterial erhalten.

Nicht zu rechtfertigen ist, daß, nachdem am Vormittag des 26. April 1930 die Schädlichkeit des verwendeten Schutzstoffes durch die Obduktion eines verstorbenen Säuglings bereits erwiesen war, noch einige Dosen des Schutzstoffes in den Händen von Hebammen verblieben sind. Gleichfalls unerwünscht war, daß noch an lebende Säuglinge verabreicht, die bereits vor dem 26. April der ersten für die Erkennung wohl entscheidenden Schutzbehandlung unterzogen wurden.

Es ist zu beanstanden, daß die für die Durchführung der Schutzbehandlung Verantwortlichen, wiewohl denen es wohl zum Teil auch an der notwendigen Zusammenarbeit fehlte, es versäumten, den hierfür zuständigen Stellen in Lübeck von den eingetretenen Schädigungen unverzüglich Kenntnis zu geben. Die Reichsgesundheitsamtsermittlung wurde erst am 14. Mai unterrichtet.

Anwieweit diese Beanstandungen, die einem wissenschaftlichen Bericht über das Calmettesterben nicht vorzuziehen sind, für die Beurteilung der Schutzfrage herauszusuchen sind, wird in dem eingeleiteten Strafverfahren festzustellen sein.

Die Feststellungen der parlamentarischen Untersuchung Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, den die Lübecker Bürgerschaft zur Aufklärung des Säuglingssterbens eingesetzt hatte, hat seine Untersuchungen abgeschlossen und seine Ergebnisse in einem längeren Bericht zusammengefaßt.

Dem Ausschuß scheint das Verhalten der verantwortlichen Ärzte nach der Feststellung der ersten Todesfälle weitläufig am Verbannungsstätten. Ueber die Gründe, weshalb Prof. Alex seinem Vorgesetzten, Prof. Deude, über den verhängnisvollen Lauf der Angelegenheit keinerlei Mitteilung machte, konnte der Ausschuß keine objektiven Feststellungen treffen.

55 Todesopfer in Lübeck

Lübeck, 11. Juli. Die Zahl der Todesopfer bei dem mit dem Tuberculosepräparat behandelten Säuglingen hat sich, nachdem in den letzten drei Tagen ein Stillstand eingetreten war, nunmehr wieder um zwei weitere Todesopfer erhöht und damit 55 erreicht. Krank sind noch 64 Säuglinge, geheilt 73, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung 59.

Zweihundert Millionen Kredit für Arbeitsbeschaffung

Die Spitzeninstitute der kommunalen und anderen öffentlichen Kreditanstalten, die Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalkasse und die Deutsche Landesbankzentrale AG, haben in einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zur finanziellen Mitarbeit im Rahmen des geplanten Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Finanzierung von Neubauten und zur Beschaffung einheitlicher Wohnungsbauplanen erklärt und entsprechende Vorstöße unterbreitet. Sie erklären sich bereit, gemeinsam mit den angeschlossenen Kreditanstalten zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms die erforderlichen Mittel für Straßen- und Wohnungsbauzwecke im Rahmen von je 100 Millionen Reichsmark, also insgesamt 200 Millionen Reichsmark, zur Verfügung zu stellen und glauben, durch dieses Angebot die sachliche Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu erleichtern.

Nationalsozialistische Komdypolitik vor dem bayerischen Landtag

München, 11. Juli. (Ein. Bericht.) Im Bayerischen Landtag kam es durch das tüpeltartige Benehmen der Dörfenreiter wieder einmal zu Kabalen. Ein bauerlicher Abgeordneter der Nationalsozialisten in ihren Verästelungen, Er erwarb einen Zwischenfall, wo Disziplinredner, denen man vorher freie Ausprache zugesichert hatte, darunter ein Vater von 10 Kindern, von den Dörfenreiter vom Podium herabgerissen, durch den Saal geschleift, blutig geschlagen und schließlich auf die Straße geworfen wurde. Diese Mitteilung rief bei allen Parteien einen Sturm der Entrüstung hervor. Es kam zu einem allgemeinen Tumult, an dem sich auch Tribünenbesucher beteiligten. Nur mit großer Mühe gelang es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen. Der Innenminister, den die Dörfenreiter in der gleichen Sitzung wegen des Uniformerlasses mit beleidigenden Äußerungen herausgefordert hatten, führte die Bürger mit einer Rede ab, wie sie im Bayerischen Landtag von der Ministerbank noch nicht gehört wurde.

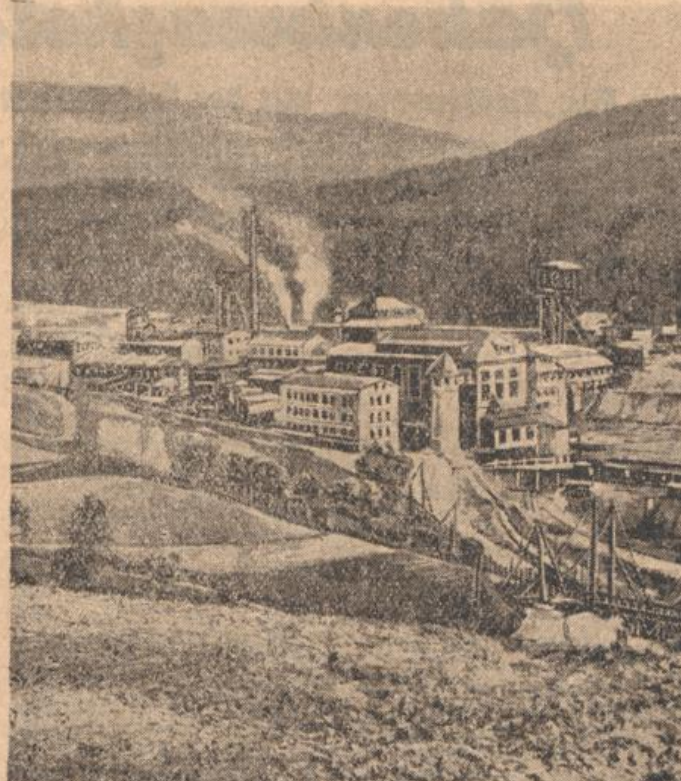
Französisch-italienische Entspannung?

Aus Paris wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien sind mit einem neuen Besuch des italienischen Botschafters bei Briand wieder in Gang gekommen. Wie Briand dazu vor der auswärtigen Kommission der Kammer erklärte, sei eine Entspannung bis zum Ende des Jahres zu erwarten, zumal ein Kompromiß sowohl für das Niederlassungsrecht der Italiener in Tunis, wie auch für die Grenzberichtigungen zwischen Tunis und Tripolis möglich sei. Nach dem italienischen Populaire ist Briand bereit, den Italienern nicht weniger als 120 000 Quadratkilometer an Tripolis abzutreten. Weiter habe Italien versucht, ein Kolonialmandat von Frankreich zu erhalten, jedoch wurde es nie der Populaire ebenfalls berichtet, mit dem Antrag an den Völkerbund verworfen. Hinsichtlich der Flottenabrüstung stehen die Ausichten nach wie vor unglücklich. Zwar hat Briand den Amerikanern suggeriert, daß bis Ende des Jahres kein neues französisches Kriegsschiff in Auftrag gegeben werden solle. Dieses Angebot sei aber nur ein Scheinangebot, erklärt Bertinax im Echo de Paris, denn das Flottenbauprogramm für 1930 sei bereits voll durchgeführt.

Die Bergung der Toten vom Bergwerksunglück

Sarsdorf, 12. Juli. Den energischen Bemühungen der Rettungsmannschaften gelang es bis Mitternacht wiederum zwölf Tote von der zweiten Sohle der Abteilung 17 zu bergen, so daß jetzt von den 151 als verloren zu betrachtenden Bergleuten insgesamt noch 57 Bergleute als verschüttet gelten.

Das preussische Staatsministerium hat angeordnet, daß am Sonntag (13. Juli), dem Tage der Beilehung der Opfer des Grubenunglücks in Neurode, alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen nach der Bestimmung der Verordnung vom 29. Juli 1929 halbnacht zu beflaggen sind.



Die Wenzelsgrube bei Neurode

In dem Aushub der Wenzelsgrube in Sarsdorf bei Neurode ereignete sich ein Kohlenstaubausbruch, der 150 Arbeitern das Leben kostete.

Die beiden Krankenhäuser, in denen die Leichen aufgebahrt wurden, haben inzwischen den Besuch für die Angehörigen freigegeben.

Von der Grubenverwaltung wurde den Hinterbliebenen zunächst als Vorbehalt auf eine spätere Unterfütterung ein Geldbetrag ausbezahlt. Der Kreis Neurode hat eine Unterfütterungsaktion inoffiziell eingeleitet, als für jeden lebigen Toten 60 Mk und für jeden verstorbenen Toten 80 Mk gezahlt werden sollten. Außerdem wird für jedes Kind der hinterbliebenen Familien ein Betrag von 20 Mk gezahlt. Die Kreisverwaltung ist auch bemüht, für diejenigen Bergleute, die infolge der Katastrophe nicht arbeiten können, zu sorgen. Sie leisten Arbeitslosenunterstützung mit voller gebührender Fürsorge erhalten.

Das Oberbergamt Breslau gibt bekannt, daß alle diejenigen, die die aus Anlaß des Grubenunglücks bei Neurode entstandene Not lindern helfen wollen, Spenden auf den „Vermögensfond für das niederschlesische Steinkohlenrevier“ der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Filiale Wadenburg überweisen können. In Berlin nehme die Reichsgesellschaft der Deutsche Nothilfe, Wilhelmstraße 62, für die Hinterbliebenen der getöteten Bergarbeiter Geldspenden entgegen.

Verurteilung eines Separatistenverfolgers Neue Ausschreitungen

Düren, 11. Juli. Der Fürtner Mundt, einer der Haupttäter bei den Ausschreitungen in der vergangenen Nacht, hatte sich bereits heute nachmittag vor dem Schnellrichter zu verantworten. Er gab an, aus das gegen frühere Separatisten gehandelt zu haben. Die Anklage lautete auf fortgesetzte Sachbeschädigungen. Nach kurzer Verhandlung beantragte der Vertreter der Anklage 6 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis bei fortgesetzter Verbüßung. Der Angeklagte nahm das Urteil an. In der vergangenen Nacht kam es hier an verschiedenen Stellen zu Ausschreitungen junger Fürtner. Sie zerstörten mehrere Schaufensterfenster von zwei Lebensmittelgeschäften, so daß die Polizei einschreiten mußte. An vier Privatbüroen wurden gleichfalls Fensterfenster eingeworfen. Die Polizei verhaftete 11 Personen, die von wurden 7 später wieder entlassen. Die Täter gaben an, sie hätten sich an Separatisten rächen wollen. Die Polizei, die die ganze Nacht in Tätigkeit gewesen ist, erklärte, in weiteren Fällen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen zu wollen.

Aus dem Moleort Maring wird gemeldet, daß die Bevölkerung gegen einen separatistischen Gemeindevorsteher vorgegangen ist. Von unbekanntem Verbleib war an dem Gemeindevorsteher ein Mordanschlag verübt worden, das sich gegen die Ernennung des separatistischen Gemeindevorstehers richtete. Als die Frau des Separatisten vom dem Anschlag erfuhr, rief sie das Schreiben ab. Darauf schlugen unbekannte Personen an dem Hause des Separatisten die Fensterfenster ein. Der Separatist gab mehrere Schüsse ab, die aber niemand verletzte.

Der Straßburger Gemeinderat gegen 14. Juli

Der Gemeinderat von Straßburg, dessen Mehrheit beinahe ausschließlich aus Automobilen und Kommunisten besteht, hat beschlossen, das übliche Feuerwerk anläßlich des französischen Nationalfeiertages am 14. Juli und die Illuminierung des Bürgermeisterturms zu unterlassen.

Zahlenfriedhof des Strafvollzugs

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden

Von Privatdozent Dr. E. J. Gumbel
130 000 Zahlen beginnen zu reden

Die Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 23 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, führen auf den Unklüglichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Orientierung. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geübter Zahlenkünstler sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger an letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten

Im Durchschnitt eines Jahres haben Tag für Tag in den preussischen Gefängnissen etwa 30 000, in preussischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preussischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so hat täglich eine Stadt wie Weimar oder Kellborn hinter Schloß und Kessel, die Gesamtzahl der Gefangenen, die während eines Jahres durch die Anstalten wandern, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einhundertvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für einen einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preussischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandern, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringen. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr, je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Öffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Schuldbios in Unterfütterung

Die Statistik gibt an, wieviele Unterfütterungsgefangene nach einer Haft von bis zu 2 Wochen, wieviele nach 2-4 Wochen, wieviele nach 4-12 Wochen und wieviele nach einer Unterfütterung von über 3 Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser 4 Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und Schuldbios in Unterfütterung zugebracht wurde. Diese Zahlen betreiben sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr, und die in diesem Zeitraum beobachteten Fälle von Unterfütterung. Umgerechnet auf das ganze Reich, auf also auch die noch nicht beobachteten Fälle und auf ein ganzes Jahr, kommt man zu dem Schluss: Annähernd 180 000 Personen eine Stadt beinahe so groß wie Halle wurde 1925 in Unterfütterung genommen, 16 000 davon waren schuldbios. Sie haben

mindestens 17 000 Jahre in Unterfütterung zugebracht, monatelang mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgeleiden wurden. Das Uebel der schuldbiosen Unterfütterung ist unmaßstäblich, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten und dies zu Unrecht - vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Unbetrotung schuldbios verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Unterfütterung bei den Unbetrotungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldbios Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Unterfütterung verbrachten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Unterfütterung und einer sorgfältigen Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Annähernd 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon handelte es sich um geistig Minderwertige, die infolge der Ordnung des Strafvollzugs angefaßt werden konnten. Die preussische Statistik weist für 1927 offiziell 689 Geistesranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Gebören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt? Die unfähigen und deswegen unbrauchbaren Hausväter, die wie das Sprechrohr, müssen zu Disziplinartaten und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinartat, der verhängte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest prävalent unbekannt. Die schwerliche Zustand widerpricht allen pädagogischen Anforderungen. Das beschriebene Licht auf diese Zustände aber wirkt die Tatlosigkeit, das ungenutzte der richtigen staatlichen Kriterien der Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß immer besonders berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8 Mark entlassen

Die Arbeit ist gewiss das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß den grössten in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Züchtens, der typischen Arbeitslosigkeit, sehr gering bleiben. Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn“ von 16 Pfennig täglich, während nach dem Strafvollzugsgrundlagen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angeglichen werden sollen. Noch grösster sind die Ausschlagen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahre 8 Mark betragen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Lohn empfangen werden. Die praktische Anlage dürfte ein Rand sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße.

Der Vergleich des Jahres 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Kriterien keine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hieron ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Zahlen zwingen. Der weit verbreitete Glaube an die Erfolge eines modernen Strafvollzugs wäre unangemessen, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an keine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

„Schrempf-Printz-Bier — Am besten mundets mir“

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

Karlsruhe, 12. Juli 1930.

12. Juli: 1789 Camille Desmoulins ruft das Volk zu den Waffen. — 1838 *A. v. Schweitzer (M. L.). — 1874 Fritz Reuter. — 1919 Entente hebt Blockade über Deutschland auf. — 1928 Kullischer Eisbrecher Krasin rettet Stalofflieger.

13. Juli: 1688 Revolution in England. — 1793 Charl. Cordan erstickt Marat. — 1845 *Volksmilitär Th. Bernke. — 1874 Antienta Kullmanns auf Bismarck. — 1889 *Dichter Robert Gomerling. — 1920 Frieden Rußland-Ungarn. — 1922 Der Reichstag notiert des Arbeitsnagel-Gesetz.

Badener Heimattag eröffnet

In schönstem Bierat, in Tannengrün und Bahnenhalm, empfing die Festhalle zur feierlichen Eröffnung des „Badener Heimattages“ die Landsleute, die von weit her der Einladung folgten, die die Stadt Karlsruhe an sie ergab. Saal und Gallerien waren voll besetzt, als das Landestheaterorchester unter der lebhaften Stabführung von Generalmusikdirektor Krips die schon oft gespielte aber immer wieder kadenbe Oberon-Ouvertüre aufschmiedete.

Als erster Redner betrat der badische Staatspräsident Dr. Schmitt die Tribüne und gedachte der verunglückten Bergleute von Reuthe, die auf jäh Weise ihr Leben lassen mußten. Das Publikum erhob sich während der Gedächtnisrede von seinen Plätzen. Dr. Schmitt teilte noch mit, daß Reichsfinanzminister Dietrich sich entschuldigen läßt, da er durch Arbeit in Berlin festgehalten ist. Er übermittelte dessen Grüße. Dr. Schmitt begrüßte die Gäste in seiner Ansprache. Er berührte dann alle die Punkte, die den Auslandsdeutschen veranlassen, wieder einmal sich in seiner Heimat umzuwenden. Er kam auf die Heimattage in engerem Sinne zu sprechen, auf die Liebe zum Vaterland und zum Baden. Der Staatspräsident schloß seine Ansprache mit dem Wunsch, es möge in fernem Vaterlande in Zukunft wohleregehen.

Universitätsprofessor Eugen Fischer (Berlin) hielt einen Vortrag „Heimat und Volk“. In seinen Ausführungen ging der Redner von der heimattäglichen Scholle aus. Er ließ den Werdegang einer Volksgemeinschaft vor den Büchern aus der Scholle aufsteigen, kam dann auf die unauflösbare Verbundenheit mit dem Ursprungsboden zu sprechen, betonte u. a. die starke Produktivität der Landesbevölkerung an prominenten Männern. Er streifte die Niedergangsercheinungen, an denen den Großstädten die meiste Schuld beizumessen ist. Sie verschrenken ansehnliche Gelder und sind nicht imstande, ihre Einwohnerzahl selbst zu vermindern ohne Zuzug vom Lande. Er hat den tröstlichen Glauben, daß die Wurzeltiefe unseres Volkes noch nicht angegränzt ist und hofft auf eine bessere Zukunft.

Stark akzentuiert, dramatisch behringt, spielte das Landestheaterorchester, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen die Leonore-Duvertüre.

Schriftsteller Heinrich Berr erklärte den Zweck des Kongresses für Baden in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft, der zu gleicher Zeit im Rahmen des Badener Heimattages stattfindet. Es soll nicht nur das landschaftliche Gesicht, sondern auch das geistige badische Gesicht aufgeschiedet werden.

Baron Klastner aus Siebenbürgen gab seiner Freude Ausdruck, daß es ihm möglich wurde, zu diesem Heimattag zu kommen. Er deutete an, wie der Deutsche in Rumänien zu seiner Arbeit bewundert und geachtet wird. Ein Teil seiner Gemeinde sind Nachkommen ausgewanderten Durlacher, die zur Zeit der Markgrafschaft ihre Vaterstadt verließen. Bis auf den heutigen Tag haben sie ihr Deutschtum nicht aufgegeben und werden bis an ihr Lebensende daran festhalten. Die von einem pastoraalen Unterton getragenen Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Oberbürgermeister Dr. Finkler dankte zuerst allen, die in mühevoller Arbeit den Badener Heimattag zustande brachten. Es ist ein Verdienst, wenn geglaubt wird, es sollten mit diesem Heimattag politische Eroberungen gemacht werden, er soll festliches Erlebnis sein. Am Schluß seiner kurzen Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, in das Deutschlandbild einzustimmen.

Während der Feier trat eine Trachtenkapelle ein, die dem sonst allseitigen Gesellschaftsbild, das der Saal zeigte, eine belebende Note gab.

Anschließend an die Eröffnungsfest gab die Stadt Karlsruhe im Konzertsaal der Badischen Hochschule für Musik für die Vorführungen der Badener Vereine und der sonstigen landsmannschaftlichen Organisationen einen Begrüßungsabend.

Karlsruhe lacht!

Auch der politisch ganz uninteressierte Mensch weiß längst, daß es trotz Thüringen und Sachsen mit der schwarz-weiß-roten Herrschaftsomäris geht. H u a e n e r a war dabei ein tüchtiger Vorkämpfer, die K a s i s leiden nicht nur an Spaltwäsen, F r i d e l nach öfteren verachtlichen Verleuten nun erstmals empfindlicher als bisher auf den Dees, und die K e p u b l i k beginnt sich endlich zu besinnen und wendet gegen die unverbesserlichen Gegner der Republik die ersten gelinden Abwehrmittel an. Das alles illustriert die K a m a r i s b e z e u n g der Gefriegen aber nicht so treffend, wie ein Interat in der

Gemeinnützige Beschäftigungsstelle

Ihre Entwicklung seit ihrem 10 jährigen Bestehen

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle, die demnachst ihr 10-jähriges Bestehen feiern kann, ist ein Kind der wirtschaftlichen Notlage der Nachkriegszeit. Als sich bereits in der Inflationszeit das Gespenst der Arbeitslosigkeit bemerkbar machte, wurde im April 1920 unter Beteiligung der Stadt die Beschäftigungsstelle mit einem Kapital von 50 000 Papiermark (nach dem damaligen Dollarkurs etwa 2800 Goldmark) ins Leben gerufen. Mit der Leitung wurde der frühere Arbeitersekretär Gen. S i a p, der sich vordem in verschiedenen städtischen Kreissämtern betätigte, betraut. Am 1. August 1920 wurde mit den Vorarbeiten begonnen. Als Beschäftigungsfeld der G. B. wurde zuerst die sogenannte „B r o d e n j a m m l u n g“ übernommen und in der alten Ereiterhalle der 50er Artillerie ein Brennholzbetrieb eingerichtet. Die Brennholzjammung wurde nach etwa 3 Jahren wieder aufgehoben, während der Brennholzbetrieb der Wanderherberge als Wandererarbeitstätte angegliedert wurde, die heute ebenfalls der G. B. untersteht. Im November 1920 wurde mit der Einrichtungsarbeiten

Spandfabrikation

begonnen, die heute Hauptträgerin des ganzen Betriebes ist. Derselbe ist in den früheren Pferdehallen und Geschüßkammern des östlichen Teiles der G o t t e s u e r K a l e r n e untergebracht. Nachdem in hinführender Stellung eingeschulterte Rekruten die Küche des Nachmittags und der Unteroffiziere in frammer Haltung über sich ergehen lassen und gelegentlich auch mal eine Maßnahme für 33 Pfennig pro Tag in Empfang nehmen mußten, wird heute unter Anweisung von Meistern emsig gearbeitet. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich da ein Großbetrieb entwickelt, der sich in jeder Weise sehen lassen darf. Die Aufnahme dieses Geschäftszweiges hat sich als durchaus richtig erwiesen und seit von launemännlichem Weiblich der Leitung. Die neuen Spandfabriken, in denen heute Erdbeeren, Heidelbeeren, Himbeeren, Mirabellen, Pfirsiche, Reineclauden usw. auf dem Großmarkt über in Baden abgeben werden, kommen fast ausschließlich aus der Karlsruhe Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle. Die Produktion bleibt nicht ausschließlich im Inland. Etwa 1/3 derselben — ca. 1 Million Körbe jährlich — geht heute schon nach den Ostgebieten des Auslandes, nach Holland, Belgien, Luxemburg und England. In Rotterdam, Antwerpen und Luxemburg sind Vertretungen errichtet, die für Aufnahme eines arbeitsfähigen Teiles des Absatzes Sorge tragen.

Eine Beschäftigung des Betriebes, die dem Schreiber dieses unter Führung eines Meisters ermöglicht wurde, war sehr interessant und lehrreich. Im Hofe lauern die langen Tannenzämme, die direkt vom Waldbezirk aneinfach werden. Dort werden sie von einer mechanischen Horizontalfäge in die Röhren geschnitten, worauf die Röhre entrinnt und 8—10 Stunden unter Dampf gehalten werden, damit sie zum Sägen die nötige Feuchtigkeit erhalten. So vorbereitet kommen sie in die Spandfabriken. Die Spandplatten werden von anderen Maschinen in die Breiten gespalten und durch weitere Maschinen vorbereitet, bis sie in die Flechtstöße gelangen. Nebenbei werden auch für bestimmte Spandarten neobohle Späne verarbeitet. Die Späne für den äußeren Korbband werden von einer Drehmaschine farblich gemuffert. Das Flechten der Körbe erfolgt in besonderen Sälen. Während mit der Vorrichtung des Holzes Männer beschäftigt werden, geschieht das Flechten teilweise von Arbeiterinnen, die nebeneinander an langen Tischen stehen. Zuerst wird der Boden des Korbes zusammengesetzt, dann werden die Seiten hochgeschlagen. Andere Arbeiterinnen geben dem Korbe durch Bohlen und Verflechtungsarbeiten die nötige Gestalt. Zuletzt wird der Korbe angefüllt, die Arbeit geht so von einer Hand in die andere, wie am Flechtenband. Die tägliche Produktion ist surzeit 15 000 Körbe.

Die durchschnittliche Belegschaft ist etwa 150 Köpfe stark, während jetzt in der Hochsaison 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden können. Es werden Erwerbslose und Erwerbsbehinderte beiderlei Geschlechts eingestellt, die vom Arbeitsamt

oder Fürsorgeamt zugewiesen werden. Sie werden wieder entlassen, sobald ihnen andere Beschäftigung nachgewiesen wird. Soweit die Betriebsverhältnisse es gestatten, findet eine Auswechslung statt, um auch anderen, die längere Zeit erwerbslos sind, die Wohlhaben einer Beschäftigung auf bestimmte Zeit zuteil werden zu lassen.

Nebenbetriebe

Soweit es im Rahmen des finanziellen Programmes der Beschäftigungsstelle liegt, ist die Leitung derselben darauf bedacht, auch andere Möglichkeiten auszunutzen und neue Zweige aufzunehmen, um unabhängig von Konjunkturen ständig einer möglichst großen Zahl von dringenden Arbeitskräften Lohn und Brot zu geben. So wurde im Jahre 1927 auch die S a r a f a b r i k a t i o n aufgenommen, da sich gerade Gelegenheit bot, einen schon bestehenden privaten Betrieb aufzukaufen. Auch dieser Betrieb hat sich seitdem gut entwickelt, so daß heute in demselben 10 Schreiner und Tischlerbeschäftigung haben. Es werden pro Jahr ca. 4000 Säge jeder Sorte hergestellt, die in Karlsruhe und auswärts abgesetzt werden.

Wie oben schon erwähnt, wurde seit Juni 1928 die W a n d e r e r h e r b e r g e mit der Wandererarbeitstätte dem Unternehmen angegliedert und unterstellt. Die Herberge hat surzeit 150 Betten. In derselben werden neben solchen Wanderern, die ihre Verpflegung besahen können, auch alle diejenigen aufgenommen, die auf Kosten der öffentlichen Fürsorge verpflegt werden müssen. Lesiere müssen für Ueberrachten, Abendessen und Frühstück zwei Stunden Arbeit (Holzspalten) leisten. Als Zeichen der Notlage ist zu erwähnen, daß die Herberge surzeit Nacht für Nacht voll besetzt ist.

Ein neuer Geschäftszweig wird demnachst aufgenommen, die F a b r i k a t i o n von hölzernen K o s e t t e d e c k e l n in einer neuen Spezialausführung. Die Leitung hofft, daß auch dieser Anteil gut einfliegen wird.

Betriebsmittel

anbelangt, so wurde oben schon gesagt, daß das Unternehmen i. Zt. mit einem Kapital von 50 000 Papiermark ins Leben gerufen wurde. Dieses kleine Kapital wurde im Jahre 1924 auf 3 000 Goldmark aufgemerzt. Zweits Erweiterung des Betriebes, Anschaffung von Maschinen und Geräten usw. wurden 1927 weitere 50 000 Goldmark aufgenommen, welcher Betrag im Februar d. J. auf 100 000 M. erhöht wurde. Der durchschnittliche Umsatz im letzten Jahr war ca. 2 300 000 M. und der Warenumsatz ca. 1 300 000 M.

Selbstredend ist der Zweck des Unternehmens nicht der, Ueberflüsse zu machen, sondern der Betrieb nach kaufmännischen Grundregeln abzuwickeln, da er sich selbst ohne Zuschüsse erhalten soll. Der Hauptzweck ist der, der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu dienen. Und diese Aufgabe wird hier auch gelöst. Wenn man speziell ins Auge faßt, daß im letzten Jahre rund 230 000 M. Gehälter und Löhne mit ca. 14 000 M. Beitrag des Arbeitgebers zur Sozialversicherung ausgezahlt werden konnten, so fällt damit der Hauptwert des Unternehmens genügend ins Auge. Die öffentliche Fürsorge wird um diese Beträge entlastet und einer bedürftigen Zahl Erwerbsloser wird die Möglichkeit zur Beschäftigung gegeben.

Angeht die unheimliche Notlage der wertvollen Volkskräfte, die wir haben hier surzeit 8000 Arbeitsuchende, — ist das geschaffene Werk immerhin nur ein Tropfen auf den heißen Stein und die Frage nach einer Ausdehnung des Unternehmens liegt nahe. Die von Schreiber dieses an den Leiter gerichtete Frage wurde von diesem ohne Zögern bejaht. Es wäre sicher allerhand, wenn die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle so erweitert werden könnte, daß statt 200, vielleicht 400 oder 500 Erwerbslose aufgenommen werden könnten. Das Unternehmen repräsentiert sich heute als ein gut geleiteter und wohl organisierter Betrieb, der seine Abnahmlichkeiten im In- und Ausland sicher noch erweitern könnte.

Badischen Presse in Nr. 310/11 dieses Jahres. Das Interat lautet nämlich:

Aus gutem Hause billig abzugeben:
1 schwarz-weißrote Fahne. (Folgen nach 2 Dedes.)

Karlsruhe lacht! Daß die schwarz-weißrote Richtung von Karlsruhe so sehr armiselia geworden ist, daß einer ihrer Anhänger seine schwarz-weißrote Fahne in der Badischen Presse inserieren muß, um sie los zu werden, das hätte man gestern noch nicht glauben können. Und noch dazu eine schwarz-weißrote Fahne aus gutem Hause!

(-) Welche Rentenbeiträge gelten? Um irrtigen Auffassungen im Publikum zu begegnen macht die Deutsche Rentenkasse darauf aufmerksam, daß sowohl die Rentenbeiträge zu Tausend, Fünfhundert und Hundert-Rentenmark mit dem Ausstellungsdatum vom 1. November 1923 (ohne Kopfbilder) als auch die Rentenbeiträge zu 50 M mit Kopfbildnis eines Landmannes vom 30. März 1925, 10 M mit Kopfbildnis einer Landfrau vom 3. Juli 1925 und 5 M mit Kopfbildnis eines Landmädchens vom 2. Januar 1926 nicht aufgerufen, also nach wie vor geleglich zugelassene Zahlungsmittel sind und unbedingt in Zahlung genommen werden können.

Durch welche Straßen führt der Festzug der badischen Bürgerwehren und Milizen, Aufstellung auf dem Schloßplatz (Längs der ehemaligen Wochhäusern) sodann halb 3 Uhr Schloßplatz, Waldhornstraße, Kaiserstraße, Marktplatz (auf dem Marktplatz vorbei auf der Ostseite am Badischen Handelshof, der Wasser- und Straßenbaudirektion, der evangelischen Stadtkirche und dem Bezirksamt, sodann auf der Westseite am Rathaus, wo der Zug von dem Badischen Staatspräsidenten abgenommen wird, zurück nach der Kaiserstraße), Kaiserstraße, Kaiserplatz (um das Kaiserdenkmal herum), Amalienstraße, Karlsruher Straße, Kriegsstraße, Rumpurrer Straße, Werberstraße, Giltener Straße, Tiergarten Weg, Neue Bahnhofstraße, Beiertheimer Wäldchen. Auflösung des Festzuges daselbst.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der tiefe Druck über der Ostsee bringt weiter nach Westen vor und fördert kalte Luft zu uns. Eine Veränderung dieses sehr trockenen Druckes ist jedoch nicht abzusehen.

Wasserstand des Rheins
Waldshut 351, neft. 34; Schutterinsel 212, neft. 26; Rehl 306, neft. 9; Maxau 477; Mannheim 366, neft. 3 Zentimeter.

Sie bekommen

überraſchend Besuch?

dann

Kalte Küche!

Wir empfehlen in frischer Qualität:

Auf alles 5% Rabatt

Käse	Wurst	Feinkost
Echter Emmentaler Edamer, vollfett Münsterkäse Romadour Kräuterkäsecreme	Salami Cervelat Bierwurst Schinkenwurst Rotwurst	Felmarinaden Laoh in Dose Sardellen Mayonnaise Kapern
Illersteg Reb. 20 per eine Streichkäse	Bayerische Mettwürste 45 2 Stück	Gchsenmaul-Salat Dose 48



Pfannkuch

Eintägige Rheinfahrt

nach Koblenz mit Aufenthalt
Sonntag, den 3. August 1930
Sonderzug (D-Zug-Fahrzeit)
Karlsruhe ab 5.40 Uhr, Bingen an 9.00 Uhr.
Dampferfahrt ab Bingen 9.30 Uhr

mit einem Salondampfer der Köln-Düsseldorfer-Rheindampfschiffahrtsgesellschaft vorbei am schönsten Teil des Rheins! Nationaldenkmal-Bingen mit Burg Klopp-Binger Mäuseturm-Abmannshausen-Schloß Rheinstein-Schloß Falkenburg-Schloß Sponneck-Schloß Heimburg-Lorch-Ruine Pfalzinsel-Caub-Ruine Schönberg-Oberwesel-Loreley-St. Goar-Ruine Katz-Ruine Rheinfels-Ruine Maus-Hirzenbach-Ruine Sterrenburg und Liebenstein-Bad Salzig-Camp-Boppard-Marksburg-Rhens-Braubach-Königsstuhl-Oberlahnstein-Schloß Stolzenfels-Schloß Lahnneck-Niederrahnstein-Koblenz Ehrenbreitstein. Der Dampfer legt am Kaiser-Wilhelm-Denkmal an. Ankunft in Koblenz etwa 12.00 Uhr.

Dampfer-Rückfahrt in Koblenz punkt 15.00 Uhr. Eintreffen des Dampfers in Bingen um 19.00 Uhr. In Bingen zwangloser Aufenthalt bis zur Abfahrt des Sonderzuges in Bingen ab 20.00 Uhr, Karlsruhe an 23.30 Uhr.

An Bord ist während der Fahrt Musik, Tanz und Restaurationsbetrieb.

Fahrpreis (einschl. Dampferfahrt) RM. 17.75
Anmeldungen wegen reger Nachfrage verschiedener Vereine sofort erbeten. Anzahlung RM. 7.75

Reisebüro Karlsruhe A.-G.
Kaiserstr. 229 (Ecke Hirschstr.)

MÖBEL

4854

Die neuesten Modelle, prächtvolle Formen nach Künstler-Entwürfen

QUALITÄTWARE
liefern sehr billig

Karl Thome & Co.
Möbelhaus - Karlsruhe
Herrenstraße 23
gegenüber der Reichsbank

Auf Wunsch Teilszahlung, Glanz, Anerkennungen
riesig große Auswahl
Besichtigung frei. - Im Ratenkaufabkommen.

Sämtliche
Farben, Lacke etc.
gebrauchsfertig
für Anstriche aller Art
vorteilh. i. Farbenh. Hansa
Waldstr. 75, b. Colosseum

Lieferanten
für regelmäßige wöchentliche Lieferungen von größeren Mengen

Hundekot
321
gesucht. Briefe zu richten unter F 2 L 4012 an Rudolf Mosse in Lake (Baden).

Halbsteife Kragen - mein Herr!

Ja, natürlich, halbsteife Kragen im Sommer!
Er beengt nicht und sieht genau so aus wie ein steifer Kragen! - Versuchen Sie's mit **50 Pfg.**
Und vergessen Sie das OXFORD-HEMD nicht!

Oxfordhemd
mit passend. Binder **4.90**

Bürchard
4760

Von der Reise zurück

J. Eckert
staatl. gepr. Dentist
Hebelstraße 13 Telefon 2910

Eröffnung:
Privatklinik für Frauenkrankheiten und Entbindungshaus
Südl. Hildapromenade 1
(beim Mühlbürger Tor)
Telefon 5742

Dr. Ph. Schmidt
1206 Frauenarzt

Nach 6 1/2-jähriger Assistententätigkeit zuletzt als erster Assistenzarzt an der Universitäts-Frauenklinik Würzburg (Direktor: Professor C. J. Gaub) habe ich mich in **Durlach** als

Facharzt für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten
niedergelassen. Ich bin zu sämtlichen Ersatz- und Hilfskassen zugelassen.

Dr. med. Wilfried Hole
Gritznerstraße 3a Telefon 346
Sprechstunden: Täglich (außer Sonntags) morgens 11-1 Uhr, nachmittags 1/2 5-6 Uhr.

Rekord-Angebot!

1 Schlafzimmer Eiche 4790
1 Küche naturlasiert

Gesamtpreis nur **500.-**

Das Schlafzimmer ist gute Qualität in moderner Form und besteht aus: 1 Garderobenschrank m. Innenspiegel, 2 Bettstellen, 2 Nachtschische mit Marmor, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter. Die Küche ist neueste Linienführung, bestehend aus 1 Büfett, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Hocker.

Möbel-Baum
Erpbrinzenstr. 30 / Kein Laden
ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen

Aus Anlaß des

Badischen Heimattages
habe ich die Preise für
Damenkleider in Seiden-, Woll- u. Waschstoffen
Damenmäntel, Röcke, Blusen
Pullover, Regenschirme
ganz erheblich herabgesetzt
auch für starke Frauen.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe
Keine Ladenspesen
Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe

Einladung
zu einer allgemeinen
Holzarbeiter-Versammlung
auf Montag, den 14. Juli 1930,
nachmittags 5 Uhr, in das Lokal
„Friedrichshof“, Karlriedrichstr. Nr. 28
(Gartenfaal).

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Kündigung des Lohnabkommens durch die Arbeitgeber.
2. Verschiedene Verbandsfragen.

Kollegen! Nehmt am Verbandsleben teil, besucht die Versammlungen.

Die Ortsverwaltung.

Haferversteigerung.
Das Domänenamt Karlsruhe versteigert am
Montag, den 14. Juli ds. Js.,
nachmittags 5 Uhr

den Haferertrag von 5,20 ha Umbruchfläche im Gemarkung Salmen- und Mühlwiese bei Müppur in 30 Lagen auf dem Platze, wozu Zurechtfertigung eingeladen werden.
Zusammenkunft an der Mühlwiese beim Postamt Müppur.

Backe im Junker & Ruh
Maurerstr. 13
HERD-BECKER
neben der Beamtenbank Waldstr. 13
Es lohnt sich, Sie haben Vorteile!

Schuhe

für Damen und Herren

Marke **Henry**

in vielen Farben
und Modellen
Einheitspreis **16⁵⁰**

TIETZ

Bernsbacher Anzeigen

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Bezirk Mittelbaden
Eich-Karlsruh-Mühlburg, Badstr. 60, Fernspr. 4106

Sonntag, den 13. Juli:
Wahl zum Verbandsrat in Hamburg

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 1/2 10 Uhr im Volkshaus:
Quartals-Versammlung
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Ein Rechenenempel!

Der **zum zinslosen Eigenheim**

Schließen Sie mit uns einen Bauspar-Vertrag! Sie werfen dann nicht länger Vorkosten für Miete und Zinsen zum Fenster hinaus, sondern schaffen sich mit unserem zinsfreien, ankündbaren Bauspar- und Hypothekendarlehen von der Zeit ein wertvolles, schuldentrees Besitztum. Auch kleine monatliche Sparbeiträge genügen. Zugleich sind Sie ohne kostliche Untersuchung prämiert in der Lebensversicherung.

Unsere Sperrkonten bieten größte Sicherheit.

Erbitte kostenl. Prosp. Karl. 4
Name: _____
Adresse: _____
Als Drucksache, mit 5 Pfg. frankiert.

Ueber **Drei Millionen**
Bausparleihen laut notariellem Protokoll
in den letzten drei Monaten zugeteilt.

Besuchet die Stadt. Ausstellungshalle!
Es sind ausgestellt 4804

„Deutscher Lebenswille“
vom 12. Juli bis 12. August 1930

„Badener im Ausland“
vom 12. Juli bis 20. Juli 1930

„Deutschlands Kolonien und Marine“
vom 12. Juli bis 4. August 1930

„Das badische Kunstschaffen“
vom 12. Juli bis Ende Oktober 1930

Tägl. geöffnet von vorm. 10-18 Uhr. Sonntags v. 11 Uhr an

Eintrittskarten für alle 4 Ausstellungen . . . RM. 1.-
Für Teilnehmerkarte des badischen Heimat-
tages 50% Ermäßigung 50
Einzelkarte für jede Ausstellung 30
Schülerkarte, jede Ausstellg. b. Klassenbesuch . . . 10

Volksschauspiel Oetigheim bei Raftalt

Andreas Hofer
Freiheitskampf des Tiroler Volkes in 4 Akten
mit Vor- und Nachspiel von A. J. Lipp

Aufführungen: Alle Sonn- und Feiertage
vom 1. Juni bis Ende September

Gedeckter Zuschauerraum
800 Mitwirkende

Anfang 14 Uhr Ende 18 Uhr
Preise der Plätze: 1.50-6.50 Mark nebst
besonderen Logen

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim
Telephon 2061 Rastatt

Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Buchhandlung, Herren-
straße 34, Fritz Müller, Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- und
Waldstr., Verkehrsverein Rhe. Kaiserstr. 159, Germania-Klub

Was trinkt man bloß zu Mittag?

... was nicht müde macht, einem nicht über wird, zu allem gut schmeckt . . .
Bronte! Das einzig Richtige: Bronte! Schon der Anblick macht Appetit. Das Junke im Glase mit goldiger Wein und perlt wie Sekt. Und dabei ist die Bronte alkoholfrei und doch anregend, da sie aus dem Matee hergestellt ist. Darum: Zu Mittag Bronte! Gut geteilt!

Einzigster Hersteller für Karlsruhe und Umgebung:
H. Müller, Karlsruhe-Mühlburg
Rheinstraße 42
Fernsprecher 1206

Eine answärige Brauerei sucht zur Führung einer

Bierniederlage in Karlsruhe
stadtkundigen erfahrenen

Fachmann,

welcher selbst Hand anlegt.
Auskunft kann nur gegeben werden auf Anfragen, in welchen die bisherige Tätigkeit, die Vermögens- und persönlichen Verhältnisse genau und ausführlich bekannt gegeben sind.

Anfragen unter Nr. 1204 an das Volksfreundbüro erbeten.

Plakate in künstlerischer Ausführung fertigt
Verlagsdruckerlei Volksfreund G. m. b. H.